

Neue Normalität

Gewalt, Ausländerfeindlichkeit und Rechtsruck

In den Wochen nach den Ausschreitungen in Rostock-Lichtenhagen, wo gestandene Bürger Beifall klatschten, als junge Gewalttäter Unterkünfte von Asylbewerbern angriffen und demolierten, schien die Serie von Gewaltnächten kein Ende mehr zu nehmen. Fast täglich gab es Meldungen über Gewaltakte gegen Ausländer, überwiegend aus den neuen Bundesländern, aber auch aus dem Westen und Norden der Bundesrepublik. Dabei war nicht immer klar, wurde von den Vorgängen im Osten nur mehr Aufhebens gemacht als von Gewaltakten gegen Ausländer im Westen, weil es sich um Vorgänge in den neuen Bundesländern handelte und weil sich mit entsprechendem Polizeiaufgebot als notwendiger Folge dort die größeren Kontingente professioneller Randalierer und ortsansässiger jugendlicher Gewalttäter zusammenrotteten und so der Westen besser davorkam, oder war die Aufmerksamkeit der Medien von vornherein stärker auf die Vorgänge in den neuen Bundesländern konzentriert?

Tatsache ist jedenfalls, daß Gewaltakte und Zeichen der Intoleranz bundesweit sich ausbreiten, daß weder Hoyerswerda im vorigen noch Rostock oder Quedlinburg in diesem Herbst Einzelfälle waren. Tatsache ist auch, daß die *braune Einfärbung der Gewalttäter* deutlicher wird, daß die Hemmschwelle vor dem Gebrauch und der Propagierung nationalsozialistischer Parolen und Symbole durch Jugendliche im kollektiven Schutz randalierender Gruppen rascher, in größerer Breite und unbedenklicher überschritten wird als noch vor kurzem und daß die Mischung aus nackter Gewalt und brauner Ideologie in Text, Bild und Tat brutaler wird.

Und Tatsache ist schließlich auch eine zunehmende Radikalisierung des Mei-

nungsbildes im rechten Teil des politischen Spektrums. Wenn gut die Hälfte der Bürger, wie eine Infas-Umfrage Anfang September ermittelte, mit der Republikaner-Parole „Deutschland den Deutschen“ sympathisiert, dann ist das ein „nationales“ Stimmungsbild, mit dem sich Politik und Medien werden gründlich auseinandersetzen müssen. Und wenn 26 Prozent der Bevölkerung das „Ausländer raus“ für richtig finden und sich sogar führende Industrielle Sorgen zu machen beginnen über ausländerfeindliche Tendenzen, dann hat sich in der politischen Grundstimmung der Bevölkerung auf gefährliche Weise einiges verschoben.

Ist der starke Zug nach rechts hauptsächlich aus der gegenwärtigen Unzufriedenheit und Unsicherheit zu erklären? Als Protest, der sich an der Ausländerfrage festmacht, als Protest auch gegen die lange Entscheidungsfähigkeit politischer Parteien, damit von Regierung und Gesetzgebung in der Asylbewerberfrage? Oder hat die offen zutage tretende Ausländerfeindlichkeit doch tiefere Wurzeln in *Überfremdungängsten*, die jetzt besonders scharf hervortreten, da die wirtschaftliche Lage sich zu verschlechtern beginnt, die Konkurrenz um Wohnungen und Arbeitsplätze schärfer wird, der Eindruck entsteht, der eigene Wohlstand könnte in Gefahr geraten und zu viele zehrten an ihm?

Sind solche Obsessionen sogar schon so weit gediehen, daß sie einer vernünftigen Argumentation nicht mehr zugänglich sind? Nicht mehr zugänglich auch, weil in der Öffentlichkeit durch Politik und Medien bisher kaum versucht worden ist, Aufklärung zu schaffen, die Zusammenhänge zwischen einer offenen Gesellschaft und dem eigenen Wohlstand und dem Beitrag der ausländischen Bevölkerung dazu einsichtig zu machen?

Oder sitzen die Probleme möglicherweise tiefer? War z. B. der Prozeß der deutschen Einigung doch stärker, als die meisten anzunehmen bereit waren, von nationalen Gefühlen begleitet, die jetzt, da der innere Problemdruck steigt und der europäische Weg nach Maastricht unsicherer, für viele fragwürdiger geworden ist, explodieren?

In einem „Spiegel“-Interview hat der Chef der Hamburger Verfassungsschutzbehörde, *Ernst Uhrlau*, gar davon gesprochen, es bahne sich jetzt von rechts in anderer Fassung etwas Ähnliches an, wie das, was einst die 68er-Bewegung von links war. Solche Vergleiche sind wohlfeil, man wird mit ihnen *vorsichtig umgehen müssen*. Tatsache aber ist, daß sich ein beträchtliches Gewaltpotential am rechten Rande aufbaut und in der Bevölkerung zwar keine breite Sympathie-Bewegung mit Gewalttätern zu erkennen ist, aber die Sympathien für deren nationalistische oder gar braune Parolen weiter in die Bevölkerung hineinreichen als seinerzeit die Sympathien für die radikalen neomarxistischen Gruppierungen von links. Könnte es sein, daß jetzt in Deutschland, wie in ähnlicher Weise in anderen Ländern mit starken nationalistischen Bewegungen auch, eine Normalität wiederkehrt, die man längst überwunden glaubte?

In der politischen Auseinandersetzung wird man es sich in der nächsten Zeit jedenfalls nicht zu leicht machen dürfen, will man nicht falsche Plausibilitäten vorspiegeln. Eine Änderung des Art. 16 GG z. B. wird gewiß mit guten Gründen verlangt, weil ein Recht, das überwiegend solchen dient, für die es nicht geschaffen ist, in sich fragwürdig wird. Aber das Argument, jetzt müsse man die Rechtsgarantien ändern, damit das mit der Fremdenfeindlichkeit aufhöre, ist zu durchsichtig, um nicht erkennen zu lassen, welche Absichten damit tatsächlich verfolgt werden.

Man wird jedoch trotz des erkennbaren Rechtsdrucks auch vorsichtig sein müssen mit der Kennzeichnung der neuen Stimmung durch die Verwendung politischer Klischees. Hilfreicher ist vermutlich ein nüchterner Blick auf den Seelenzustand der jugendlichen Gewalttäter und ihr soziales Umfeld.

Gewalt hat für sie ihre eigene Faszination. Übergriffe auf Ausländer können Ventil oder Vorwand sein. Deswegen sollte man nicht allein von Ausländerfeindlichkeit reden, sondern sich mit der *Zunahme von Brutalität und Gewaltbereitschaft unter jungen Leuten* auseinandersetzen. Und auch soweit Gewaltneigung und Gewalttaten ideologisch begründet werden, wird zu fra-

gen sein, ob die Ideologie am Anfang steht oder ob diese über junge Leute nur Macht gewinnt, weil diese, haltlos geworden, dort einen Halt suchen, wo er sich ihnen in der schlichtesten Form anbietet; und das sind nun einmal Ideologien autoritär-chauvinistischen Zuschnitts.

Und dieses Halt-Suchen sagt nicht nur etwas über die geistige Verfassung gewalttätiger Jugendlicher aus, im Osten nach 40 Jahren unterdrückter Freiheit, im Westen nach 40 Jahren zunehmend beliebiger Freiheit, sondern mindestens ebensoviel über den Zustand, in dem sich hier wie dort die Gesellschaft, genauer die Generation der Eltern und ihrer Miterzieher, befindet, die die Jugendlichen in ein freies Leben entlassen, aber ihnen Halt nicht zu geben wissen. se

Gewagtes Spiel

Frankreichs Europareferendum und das plebiszitäre Element

Wer ist nicht alles beim überaus knappen Ausgang des französischen Referendums über Annahme oder Ablehnung der Verträge von Maastricht mit einem blauen Auge davongekommen: natürlich Frankreichs Staatspräsident François Mitterrand, der seine politische Zukunft damit in tragisch-unüberbietbarer Parallele zu seinem Vorbild Charles de Gaulle an ein Referendum von zweifelhaftem politischem Wert hing. Jacques Delors, ansonsten erfolgreicher EG-Kommissionspräsident, der sich bisher wenigstens einige Chancen ausrechnete, eines Tages seinen Parteifreund Mitterrand im Elysée zu beerben. Aber auch die Oppositionsführer Giscard d'Estaing und Chirac können aufatmen: ein klares Nein zu Maastricht hätte ihre Stellung in ihren Parteien erheblich erschwert. Nur knapp an einer politischen Katastrophe vorbeigeschlittert ist aber vor allem Europa selbst: Nicht auszudenken, welche Folgen ein negatives Ergebnis in der ohnehin währungsge-schwächten EG hätte haben können.

Unabhängig aber von den möglichen personellen Folgen dieser europapolitischen „Angstpartie“ (Rudolf Augstein) der letzten Monate sowie der Auswirkungen auf die weitere politische und wirtschaftliche Entwicklung Europas kann man nach diesen Ereignissen nicht einfach zur Tagesordnung übergehen. Das französische Maastricht-Referendum war in verschiedener Hinsicht ein politisches Lehrstück sondergleichen: Beängstigend, wieviel politisches Kapital sich offensichtlich immer noch und erst recht nach der Vereinigung der beiden deutschen Staaten wieder aus Befürchtungen gegenüber einem tatsächlich oder vermeintlich politisch, weil wirtschaftlich übergewichtigen Deutschland schlagen läßt. Nicht minder beängstigend, wieviel nationales Getöse ganz allgemein auch mitten in Europa anno 1992 zu mobilisieren ist, wenn es darauf ankommt.

Im Mittelpunkt aller Nach-Maastricht-Überlegungen müßte jedoch der künftige Umgang mit der politischen Mitwirkung des Volkes in parlamentarischen Demokratien stehen. Was sich in dieser Hinsicht über Monate in Frankreich abspielte, war in jeder Hinsicht so, wie es nicht sein sollte. In einer Frage, in der dies weder rechtlich noch auch politisch erforderlich gewesen wäre, setzte Präsident Mitterrand am 3. Juni überraschend das Referendum an – eine Reaktion auf die Ablehnung der Verträge durch die dänischen Wähler. Bis dahin hatte Mitterrand lediglich mit dem Referendum für den Fall gedroht, daß man ihm in den zuständigen parlamentarischen Gremien die Zustimmung zu Maastricht verweigern würde. Der Präsident hätte sich in dem Fall direkt an sein Volk gewandt in der Hoffnung, an der „classe politique“ vorbei Politik machen zu können.

Nach der kalten Dusche aus Dänemark sollten die französischen Wähler dem Projekt Europa gewissermaßen die Ehre zurückgeben, die ihm die dänischen Wähler verweigert hatten. Die selbstbewußte Überzeugung, daß dazu niemand geeigneter sei als Frankreich, wich im Laufe der Zeit der zu befürchtenden Wirkung der Tatsache, daß gerade

Frankreich als der Totengräber des Maastrichter Reformpakets dastehen könnte. Angesichts der angenommenen Europa-Freundlichkeit der Franzosen schien das Referendum ein zunächst relativ sicheres Unternehmen zu werden. Frankreichs Politiker versätzten sich damit jedoch genauso, wie man vor dem dänischen Votum bereits in Europa allgemein die Stimmung falsch eingeschätzt hatte. Nicht zuletzt versprach sich Mitterrand von einem satten Referendumsergebnis Rückenstärkung angesichts seiner einem endlosen Ende entgegen-treibenden Präsidentschaft. Was jedoch zunächst vor allem einen Keil in die spätestens für Frühjahr 1993 Regierungsverantwortung anstrebenden Oppositionsparteien treiben sollte – was ja auch weitgehend gelang –, entzweite das gesamte Land mit sich selbst und mit seiner Rolle innerhalb eines sich auch politisch vereinigenden Europas.

Im Ergebnis führte dies zum absurdesten Polit-Theater, das man sich denken kann. Der Wähler, von dem man angenommen hatte, daß er nicht auf dem Rücken Europas innenpolitische Abrechnungen verhandeln werde, tat genau dies. Das Hauptbestreben von Präsident und Regierungsmehrheit bestand darin, die Wähler davon abzuhalten, Europa zu schlagen und Mitterrand zu meinen, während die Befürworter des „Nein“ genau dies den Wählern nahelegten. Die einen warnen vor dem „Ja“ mit der Möglichkeit, Präsident und Regierung könnten dies als Legitimationsersatz für ihre Politik betrachten, und die anderen versuchen das Volk davon zu überzeugen, daß Präsident und Regierung das Referendum ausschließlich als eine Stimmabgabe für oder gegen Europa und nicht für oder gegen Präsident und Regierung ansähen – obwohl sie natürlich genau wußten, daß ein deutliches Ja zweifellos als eine Rückenstärkung für die regierenden Sozialisten bewertet worden wäre.

So rief Mitterrand die Wähler zum 20. September an die Urnen und ließ ihnen einbläuen, wie verhängnisvoll ein „Nein“ für Frankreich wie auch Europa wäre. Hätte er auch nur geahnt, wie schwer es sein würde, seine Landsleute von der Bedeutung und Richtigkeit der Maastrichter Beschlüsse zu